

Die neue geopolitische Rolle der Türkei „Strategische Tiefe“ als außenpolitisches Konzept?



Die neue geopolitische Rolle der Türkei „Strategische Tiefe“ als außenpolitisches Konzept?

Heinz Brill

Geopolitisches Denken und Handeln nimmt bei der Beurteilung internationaler Beziehungen ständig zu. Ein Paradebeispiel dafür, wie Geopolitik systematisch erforscht und für die nationalen Interessen genutzt wird, sind die USA. Aber auch in Russland und China hat bei den Machteliten die Geopolitik ihren festen Stellenwert. Während die Geopolitik der Welt- und Großmächte (USA, Russland, China u.a.) ständig im Fokus von Wissenschaft und Politik stehen, gehören geopolitische Analysen über die Regionalmächte der Gegenwart zu den vernachlässigten Forschungsgebieten. Dies gilt mit einer großen Ausnahme - nicht - für die Türkei!

Im Falle der Türkei kann vielmehr die Feststellung getroffen werden, dass nahezu bei jeder internationalen Diskussion die besondere geopolitische Bedeutung des Landes hervorgehoben wird. Allerdings geschieht dies in der Regel in allgemeiner Form! Aus diesem Grund soll das hier anzuzeigende Thema die neue geopolitische Lage und Rolle der Türkei in ihren unterschiedlichen räumlichen Dimensionen national, regional, kontinental und global behandelt werden. Denn aufgrund der Lage der Türkei an der Schnittstelle geopolitischer Großräume und der veränderten Raum-Mächte-Konstellation in Eurasien, dem Nahen Osten und Nordafrika ist die „Geopolitik“ nicht nur ein zentraler Begriff, sondern ein zentrales Kriterium bei der neuen „Lagebeurteilung“ türkischer Interessen geworden. Aufschlussreich ist hierbei die Entwicklung vom Objekt (bzw. Passiv-Akteur) zum Subjekt in der internationalen Politik.

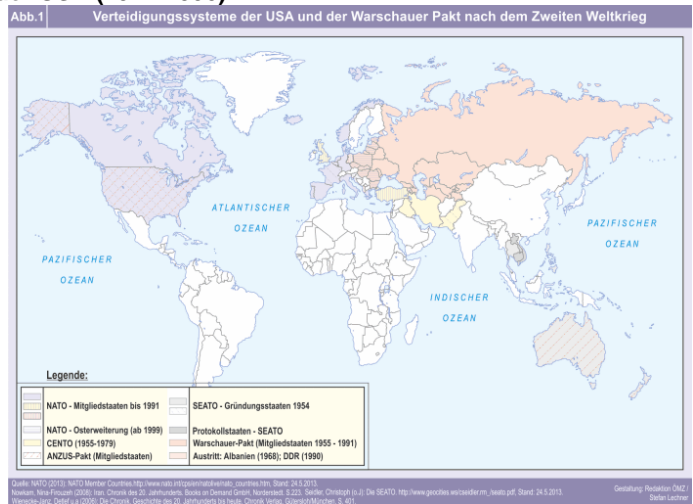
Die Türkei als Juniorpartner in der Globalstrategie der USA (1947-1990)

Die USA gründeten nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen ihrer „Containment-Politik“ eine Reihe von Bündnissystemen und schlossen mit zahlreichen Staaten bilaterale Abkommen zur Eindämmung des kommunistischen Machtbereiches. Zu den größeren regionalen Bündnissystemen gehörten bzw. gehören der Rio-Pakt, NATO, CENTO, SEATO und der ANZUS-Pakt. Die global-strategischen Motive der USA in der Nahost-Region beinhalteten außer der politisch-ideologischen Komponente und dem Schutz Israels v.a. ökonomische Interessen (Öl- und Gasversorgung) und die damit verbundene freie Benutzung der internationalen Verkehrswege (Suezkanal, Straße von Hormus etc.).

Mit der Türkei schlossen die USA bereits 1947 einen Beistandspakt, der 1952 zur Mitgliedschaft in die NATO führte. Ergänzend zur NATO-Mitgliedschaft hatte die Türkei im Februar 1955 mit dem Irak den Bagdad-Pakt geschlossen, dem Großbritannien, Pakistan und Iran beitraten. Der in Bagdad geschlossene Vertrag wurde im internationalen Sprachgebrauch auch als „Middle East Treaty Organization“ (METO) bezeichnet. Der Bagdad-Pakt bzw. METO war gleichzeitig die Verbindungsorganisation zwischen NATO und SEATO. Allerdings war der Bagdad-Pakt nur von kurzer Dauer. Nachdem der Irak 1959 formell aus dem Bagdad-Pakt ausgetreten war, erfolgte von den verbliebenen vier Mitgliedstaaten – Türkei, Iran, Pakistan und Großbritannien - eine Neustrukturierung und Umbenennung in „Central Treaty Organization“ (CENTO). Das Sekretariat wurde von Bagdad nach Ankara verlegt. Im März 1959 schlossen die USA im Rahmen des CENTO-Vertrages Sicherheitsabkommen mit der Türkei, Iran und Pakistan und erhielten damit den Status eines assoziierten Mitgliedes. Während die USA in den Komitees des CENTO-Vertrages Vollmitglied waren, nahmen sie an den Ratssitzungen nur als Beobachter teil. Damit waren die USA partiell Mitglied des CENTO-Vertrages. Die ca. 20-jährige Vertragsdauer des CENTO-Vertrages endete im Jahre 1979 infolge der iranischen Revolution.

Bei einer geopolitischen und geostrategischen Bewertung der amerikanischen „Bündnissysteme“ während der Zeit des Ost-West-Konflikts spielten in Vorder- und Südasiens zwei Staaten eine besondere Rolle: die Türkei und Pakistan. Aufgrund ihrer geopolitischen Lage und mangels weiterer geeigneter Verbündeter waren sie Mitglied in je zwei Bündnissystemen:

- die Türkei in NATO und CENTO
- Pakistan in CENTO und SEATO!



Die Türkei hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg der weltpolitischen Polarisierung nicht entziehen können. Die Sonderbeziehung Ankara-Washington blieb während der Zeit des Ost-West-Konflikts eine wichtige „Achse“. Aber auch traditionelle Beziehungen können auf den Prüfstand gestellt werden. Aufgrund der weltpolitischen Entwicklungen seit Beginn der 1990er-Jahre und der damit verbundenen neuen Raum-Mächte-Konstellation veränderte sich die geopolitische und geostrategische Lage der Türkei von einem Rand- bzw. Flankenstaat zu einer eurasischen Regionalmacht. Geostrategen stellen bereits die Frage: „Die Türkei - die neue ‚Central Region‘ der NATO?“^[1] Denn die Türkei hat sich von einem relativ passiven Partner des Westens zu einem Mitgestalter der internationalen Politik entwickelt.

Von der Südostflanke der NATO zur eurasischen Zentralregion

Während der 1990er-Jahre haben zahlreiche Ereignisse die politische Landkarte Eurasiens radikal verändert. Dazu gehörten v.a. Zerfall und Aufstieg von Staaten. Paul Kennedys „The Rise and Fall of the Great Powers“^[2] stand zu Beginn der 1990er-Jahre nicht ohne Grund auf den Bestsellerlisten. Zu den „Zerfallstaaten“ gehörten die Vielvölkerstaaten Sowjetunion, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Zu den neuen „Aufstiegsstaaten“ zählen Deutschland und die Türkei. Eine der Thesen für die Bewertung der derzeitigen internationalen Beziehungen lautet daher: Aufstieg und Zerfall von Staaten bedingen einander.

Der Politikwissenschaftler Pierre Hassner bemerkte zu den politischen Veränderungen in Europa Anfang der 1990er-Jahre aus französischer Sicht: „Was wir heute nach dem Niedergang des Russischen Reiches (Sowjetunion) erleben, ist die Revanche der beiden im Ersten Weltkrieg besiegten Reiche. Nach diesem Szenario würde sich das Deutsche Reich nach Zentraleuropa (Ostmitteleuropa) ausdehnen und hier (gewiss in neuer, ökonomischer Form) den Norden einnehmen; das Osmanische Reich hingegen orientierte sich auf den Balkan und nach Transkaukasien ... Heute hat die Türkei, ebenso wie Deutschland, den Weg der inneren Stärke beschritten. In beiden Fällen findet die Zunahme von Macht und Einfluss eher in ökonomischer und kultureller Form statt als in militärischen Kategorien.“^[3] Und der türkische Staatspräsident Abdullah Gül vertrat anlässlich seines Deutschlandbesuches im September 2011, nahezu zwei Jahrzehnte später, die Meinung: „Wenn wir uns Europa heute anschauen, sehen wir, dass es eigentlich nur zwei aufstrebende Länder gibt: Deutschland und die Türkei.“^[4] Die These von den beiden aufstrebenden Staaten in Europa bzw. Eurasien wird von zahlreichen Akteuren vertreten. Doch stellt sich die Frage: Stimmen geopolitische und geopsychologische Einschätzungen auch mit den Realitäten überein? Im Falle der Türkei sind jedenfalls die geographischen Realitäten beeindruckend.

Das Territorium der Türkei umfasst ca. 780.000 km² und ist damit mehr als doppelt so groß wie Deutschland. Die Türkei hat eine Ost-West-Ausdehnung von ca. 1.600 km und eine Nord-Süd-Ausdehnung von ca. 650 km. Die Bevölkerungszahl nähert sich der 80 Millionen-Grenze.

Die Türkei grenzt im

- Norden an Bulgarien und das Schwarze Meer;
- im Osten an Georgien, Armenien und Iran;
- im Süden an Irak, Syrien, Zypern und das Mittelmeer;
- im Westen an die Ägäis und Griechenland.

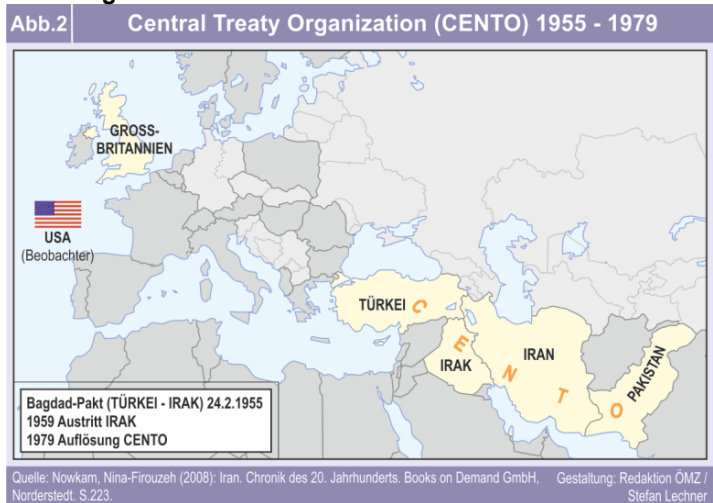
Die in Paris erscheinende Tageszeitung „International Herald Tribune“ brachte die türkische Nachbarschaftspolitik Mitte der 1990er-Jahre auf den Punkt, indem sie schrieb: „Schon bei einem Blick auf die Landkarte der Türkei bietet sich der Ausblick auf alle Troublespots der Welt nach dem Kalten Krieg. Die Türkei ist geographisch, ethnisch und politisch mit den Problemen des Irak, Irans, Armeniens, Aserbaidschans, Persiens, Zyperns, Griechenlands, Bulgariens, Russlands, Tadschikistans, Syriens und des islamischen Fundamentalismus verbunden. Was den Türken noch fehlt, ist eine Grenze mit Tschetschenien. Die türkische Außenpolitik ist ein Alpträumen von 360 Grad.“^[5] Und das Weißbuch des türkischen Verteidigungsministeriums (1998) beschrieb die geopolitische Lage des Landes: „Surrounded by three seas and linking Europe and Asia, Turkey has a very special geostrategic location. Given its location, Turkey simultaneously belongs to many regions. It is a European, Balkan, Middle Eastern, Mediterranean, and Black Sea country. Turkey is not only a member of the western world but also a member of the Islamic world. It takes its roots from Central Asia. In short, Turkey is a Euro-Asian nation.“^[6]

Bei den türkischen Machteliten wurden diese Lagebeschreibungen zur Leitlinie ihres Handelns und stellten seit dem Ende des Ost-West-Konflikts von Özal bis Erdogan für die türkische Politik eine ständige Herausforderung dar.

Turgut Özals Vision für das 21. Jahrhundert

Turgut Özal war von 1983-1989 Ministerpräsident und von 1989-1993 Präsident der Türkei. Sein angeblicher Herztod 1993 wird bis heute in Frage gestellt. Von Özal stammt die Prognose, dass das 21. Jahrhundert ein „Jahrhundert der Türkei“ sein und deren Einflussphäre von der Adria bis Zentralasien reichen werde. Turgut Özals Vision^[7] über die Zukunft der Türkei basierte im Wesentlichen auf folgenden Schwerpunkten:

- Politische Leitlinie: Islamisch-neo-osmanisch. Der Begriff des „Neo-Osmanismus“ kam während seiner Amtszeit erstmalig auf.
- Kooperation aller Turkvölker unter Führung der Türkei. Der Begriff „Pantürkismus“ spielte während seiner Amtszeit vorübergehend eine Rolle.
- Wirtschaftliche Neuordnung und Modernisierung: z.B. Südostanatolien-Projekt (GAP), Frieden durch Handel, Bemühungen um eine Freihandelszone mit den USA, Orientierung an den asiatischen „Tigerstaaten“.



- Brücke zwischen Orient und Okzident (Mittlerfunktion).
- Lösung der Zypern- und der Kurdenfrage.
- Großmachtambitionen.

Özals politisches Programm sollte v.a. das Machtbewusstsein der Türkei in der internationalen Politik stärken und deckte sich mit den Erwartungen und Interessen vieler westlicher Staaten - v.a. der USA -, die von der Türkei nach dem Zerfall der Sowjetunion die Rolle einer regionalen Führungsmacht im Nahen Osten und in Zentralasien erwarteten.^[8] Aufgrund seiner „Großmachtambitionen“^[9] konnte Turgut Özal nicht nur als „Reformer“, sondern auch als „revolutionärer Staatsmann“ bezeichnet werden, zumal es sich um eine Abkehr von den Grundprinzipien türkischer Außenpolitik handelte. Inspirierend scheint „Özals Vision“ von einer neuen türkischen Außenpolitik insbesondere auf den jetzigen türkischen Außenminister Ahmet Davutolu gewirkt zu haben. Schon als junger Wissenschaftler setzte er sich mit seinen Ideen auseinander und entwickelte sie fort.

Ahmet Davutolu's Studie: Stratejik Derinlik („Strategische Tiefe“)

Im Jahr 2001 legte der Politologe Ahmet Davutolu sein Grundlagenwerk „Stratejik Derinlik“ („Strategische Tiefe“) vor. Während der Zeit von 2002-2009 war er außenpolitischer Berater des türkischen Ministerpräsidenten, der ihn im Mai 2009 zum türkischen Außenminister berief. Seit dieser Zeit wird immer wieder auf sein geopolitisches Standardwerk als Leitfaden und Orientierungshilfe zum Verständnis der neuen türkischen Außen- und Sicherheitspolitik verwiesen. In der Kritik wird das Werk oft als „Blaupause“ bezeichnet. Das Credo der von Davutolu entwickelten Konzeption lautet: Null-Probleme und maximale Kooperation mit unseren Nachbarn.

In der Türkei hat sich das Buch zu einem Bestseller entwickelt. Im Jahr 2007 erschien die 21. Auflage. Eine offizielle Übersetzung des Buches ins Englische oder Deutsche konnte von der Deutschen Nationalbibliothek dennoch nicht ermittelt werden.^[10] Aus diesem Grund bezieht sich der hier wiedergegebene Inhalt des Buches auf die Auswertung von Türkei-Experten. Eine gute Übersicht gibt Joshua W. Walker unter dem Titel „Understanding Turkey's Foreign Policy Through Strategic Depth“. Der Kern seiner Auswertung lautet: *„Davutolu's Strategic Depth argues that a nation's value in world politics is predicated on its geo-strategic location and historical depth. Following the logic of Davutolu's proclaimed theory, Turkey is uniquely endowed both because of its location in geopolitical areas of influence, particularly its control of the Bosphorus, and its historical legacy as heir to the Ottoman Empire (...). Beyond the academic discussions surrounding Turkey's potential and place in the world, 'strategic depth' as applied to Davutolu's emerging foreign policy agenda seeks to counterbalance Turkey's dependencies on the West by courting multiple alliances to maintain the balance of power in its region.“*^[11] Damit wollte und will Davutolu die traditionelle, nach seiner Auffassung einseitige West-Orientierung der türkischen Außenpolitik korrigieren und durch eine regionale Dimension ergänzen.^[12]

Den besten deutschsprachigen Beitrag zur Analyse von Konzept, Zielen und Prinzipien der „Strategischen Tiefe“ stammt von der Berliner Politikwissenschaftlerin Gülistan Gürbey. Für sie sind bei der Bewertung der „Strategischen Tiefe“ in Bezug auf die Türkei zwei Komponenten von besonderer Bedeutung: *„Erstens wird eine enge Verbindung zwischen Geographie, Geschichte, Identität und Realpolitik hergestellt. Denn Davutolu entwickelt seine Außenpolitik auf der Basis einer neuen geographischen Auffassung, die mit der historisch-osmanischen Vergangenheit in Zusammenhang steht. (...) Zweitens wird eine enge Verknüpfung von innenpolitischer Transformation und Außenpolitik hergestellt.“*^[13]

Das Konzept der „Strategischen Tiefe“ beruht nach Gürbey auf fünf Prinzipien:

- *„Das Prinzip eines umfassenden Außenpolitik-Ansatzes, der auf der Grundlage multipler regionaler Identitäten die vielfältigen außenpolitischen Fragen der Türkei berücksichtigt, die jeweiligen Regionen nicht vernachlässigt und sich nicht ausschließlich auf eine einzige Priorität festlegt (...)*
- *Proaktive und multidimensionale außenpolitische Linien (...)* sollen durch eine rhythmische bzw. proaktive Diplomatie unterstützt werden. Oberstes Prinzip dieser Herangehensweise ist die so genannte ‚Null-Problem-Politik‘ (zero problem policy) und die ‚Politik der maximalen Integration‘ (maximum integration policy) zu allen Nachbarstaaten - wie sie Davutolu selbst nennt.
- *Die Fähigkeit, mit politischen Initiativen stets präsent zu sein, um Einfluss auf die Entwicklungen im regionalen Umfeld zu nehmen* (z.B. auf Konfliktbewältigung, Krisenmanagement).
- *Politik der Äquidistanz, die alle relevanten Akteure berücksichtigt, eine Äquidistanz zu allen Akteuren pflegt und Parteinahme mittels einer moderaten und vorsichtigen Diplomatie der Türkei vermeidet.*
- *Ein Verständnis von Außenpolitik, welches die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft als Teil der Außenpolitik begreift, deren Unterstützung mobilisiert und sie in den Prozess der Außenpolitik-Findung einbindet.“*^[14]

Zusammenfassend besagt das Konzept der „Strategischen Tiefe“ nach einer Bewertung von Asiye Öztürk: *„dass die Türkei kein Peripheriestaat Europas, des Nahen Ostens oder Zentralasiens sei, sondern ein ‚Schlüsselstaat‘ (pivotal state), der durch die Verfolgung nationaler Interessen und durch die Nutzung mehrdimensionaler Außenbeziehungen sowie der geografischen Lage zu einer einflussreichen Regional- und Ordnungsmacht werden könne.“*^[15]

Fazit: Die neue türkische „Strategie“ beruht auf zahlreichen Neubewertungen von Fakten und Prognosen. Ahmet Davutolu gilt als Vordenker und stärkster Vertreter der neuen multi-dimensionalen türkischen Außenpolitik. Die operative Umsetzung der Politik der „Strategischen Tiefe“ soll ausgehend von der geopolitischen Lage der Türkei in alle Nachbarschaftsräume, aber auch global wirken. Zu ihrer Untermauerung spielen die von Özal eingebrachten und von Erdogan weitergeführten Wirtschaftsfaktoren (Wasser, Energie, Politik des Handels etc.) eine entscheidende Rolle. Die von der US-amerikanischen Politikberatung vertretene Handlungsmaxime - von der Geostrategie zur Geoökonomie - versucht Davutolu auch für die Türkei mit seiner relativ hohen Streitkräftestärke (ca. 700.000) nutzbar zu machen. Mit rasanten Wachstumsraten von 9,2% im Jahr 2010 und 8,5% 2011 avancierte die türkische Volkswirtschaft zur 17-größten der Welt^[16] und wurde Mitglied der G-20. Zurzeit ist eine Reihe von Großprojekten in Planung: Bau eines Groß-Flughafens im Raum Istanbul zu einem Weltverkehrskreuz; Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke Istanbul-Ankara; neuer Schifffahrtskanal entlang des Bosphorus etc. Zugleich unterstützen die wachsende Wirtschaftskraft und der Ausbau der Infrastruktur den Führungsanspruch der Türkei in der Region.

Im zentralen Teil dieser Studie soll anhand von Fallbeispielen herausgearbeitet werden, welche Stärken und Schwächen die von dem charismatischen türkischen Premier und von seinem strategisch denkenden Außenminister konzipierte Politik der „Strategischen Tiefe“ kennzeichnen und ob diese infolge der rasanten Machtverschiebungen und Konfliktfelder in der Nahost-Region und Nordafrika als außenpolitisches Konzept (noch) tauglich ist. Denn der geopolitische Aktionsradius und damit die Multidimensionalität türkischer Außen- und Sicherheitspolitik ist regional involviert bzw. tangiert von zahlreichen Räumen und Akteuren.

Die Türkei gewinnt im „Pipelinepoker“ als geopolitisches und geoökonomisches Drehkreuz zunehmend an Bedeutung

Die von Außenminister Davutolu entworfene Politik der „strategischen Tiefe“ hat sich auf dem Sektor der Geoökonomie weitaus erfolgreicher erwiesen als auf anderen Feldern. Insbesondere im eurasischen Energiepoker wird die geopolitische Lage der Türkei von der türkischen Regierung geschickt als Trumpf ausgespielt. Treffend formuliert Jan Senkyr in seiner Länderstudie „Türkei“: *„Im Einklang mit der neuen Doktrin einer multidimensionalen Außenpolitik verfolgt die Regierung in Ankara das Ziel, die Türkei als ein Energie-Drehkreuz zwischen Europa, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Zentralasien zu etablieren.“*^[17] Ein Blick auf die Landkarte erklärt die besondere geopolitische Lage der Türkei und warum sie so wichtig für die westliche Energieversorgung ist. Die Türkei liegt mitten in der „Energie-Ellipse“ (Naher Osten /Zentralasien), in der ein Großteil der weltweiten Gas- und Ölreserven lagern. Die Trassen von den wichtigsten Förderländern zu den wichtigsten Verbraucherländern führen zwangsläufig über die Türkei, wenn man Russland und Iran umgehen will. Mit jeder weiteren Pipeline stärkt die Türkei ihre Position als Energiekorridor.

Um ihre Bedeutung als Transitland für Europas Gasversorgung und die Ölversorgung der USA zu festigen, unterstützt die Türkei im internationalen Verbund Pipeline-Projekte in die Fördergebiete Nahost- und Zentralasiens.^[18] Tendenz steigend! Aufgrund ihrer geopolitischen Lage ist die Türkei an fast allen Pipeline-Projekten - mittelbar oder unmittelbar - beteiligt, ob amerikanisch, europäisch oder russisch.^[19] Im Wettstreit zwischen South Stream und Nabucco-Pipeline hat Ankara sogar eine Schlüsselposition. Die Türkei ist aber nicht nur ein Drehkreuz für „Gas- und Ölpipelines“, vielmehr kann die Energieversorgung unschwer mit der „Wasserversorgung“ verbunden werden. Denn wer vitale Versorgungslinien planen und sichern möchte, muss neben Gas- und Ölpipelines auch die „Fernwasserleitungen“ in die geopolitische Gesamtbetrachtung einbeziehen. Hierbei spielt das GAP-Projekt eine zentrale Rolle.

„Wasserpolitik“ als strategische Ressource

Die Euphrat- und Tigris-Region hat sich zum Zentrum türkischer „Wasserpolitik“ entwickelt.^[20] Das türkische Staudammprojekt GAP (Great Anatolian Project) an Euphrat und Tigris ist eines der größten wasserbaulichen Vorhaben der Welt und zugleich das umfangreichste Entwicklungsvorhaben in der Geschichte der Türkei. Mit ihm sollen der Aufbau einer modernen Agrarproduktion, die Nutzung des Wasserkraftpotenzials, die industrielle Erschließung Südostanatoliens und die Belebung des Tourismus erreicht werden.

Die Türkei kontrolliert fast das gesamte Euphrat- und über 50% des Tigriswassers und damit die Lebensadern des Irak und Syriens. Die unterschiedlichen Interessen zwischen den drei Anrainern an Euphrat und Tigris haben keineswegs allein wasserwirtschaftliche oder technische, sondern auch historische oder politische Gründe. Die kurdische Frage ist ein klassisches Beispiel, wie strategische Interessen den Wasserkonflikt überlagern bzw. instrumentalisieren. Die Türkei hat als Oberlieger die strategische Kontrolle über Euphrat und Tigris. Die geopolitische Machtüberlegenheit würde es sogar erlauben, das Wasser im Konfliktfall als „ökologische Waffe“ einzusetzen. Für die Region des Nahen Ostens kann die Türkei durchaus als „Wassermonopolist“ bezeichnet werden, denn sie ist das einzige Land im Nahen Osten, das über einen Wasserüberschuss verfügt.

Die bereits von Özal oft beschworene „neue Größe“ der Türkei hatte und hat u.a. die Nutzbarmachung eigener Ressourcen zum Ziel. Dazu gehört v.a. das „Wasser“. Es verwundert daher nicht, wenn Özals Wasserpolitik von seinen Nachfolgern konsequent fortgesetzt wird. Auch ihre politische Leitlinie lautet, die Türkei in eine unbestrittene Hegemonialmacht der Region zu erheben. Dieses strategische Ziel hängt allerdings von einer wesentlichen Voraussetzung ab: der Lösung der Kurdenfrage, verbunden mit einer stärkeren Kooperationsbereitschaft mit Syrien und Irak. Sollte dies nicht gelingen, müssten große Teile der Gewinne aus dem GAP in die innere und äußere Sicherheit investiert werden und würden so der Entwicklung des Landes entzogen.

Streitfragen in den türkisch-griechischen Beziehungen

Griechenland war vom 15. bis 19. Jahrhundert Teil des Osmanischen Reiches. Der jahrhundertealte Streit zwischen Griechenland und der Türkei ist von zahlreichen Konfliktfeldern gekennzeichnet. Nach dem Ersten Weltkrieg fand der so genannte „Bevölkerungsaustausch“ statt, dessen Auswirkungen auch heute noch die Beziehungen belasten. Der historische Faktor im türkisch-griechischen Verhältnis ist nicht nur bei den politischen Eliten, sondern auch bei der Wahrnehmung beider Völker unvergessen. Einer der Gründe, warum beide Staaten im Jahre 1952 (zeitgleich!) unter amerikanischer Hegemonie Mitglieder der NATO wurden, liegt sicherlich auch in der Minderung dieses Spannungsverhältnisses begründet.

Während der vergangenen Jahrzehnte ging es zwischen den beiden Staaten im Wesentlichen um folgende Streitfragen:

- Abgrenzung des Festlandssockels;
- Ausdehnung der Territorialgewässer;
- Aufteilung der Wirtschaftszonen in der Ägäis;
- Status der ostägäischen Inseln. Dies betrifft v.a. Lemnos: Nach türkischer Ansicht ist Lemnos gemäß dem Vertrag von Lausanne (1923) entmilitarisiert. Laut Griechenland ist dies durch die Konvention von Montreux (1936) aufgehoben;
- Souveränität über einzelne Kleininseln/Felsen des Dodekanes: (Streit um Imia/türk. Kardak);
- Hoheitsrechte im Luftverkehr;
- und nicht zuletzt die „Zypern-Frage“.

Während der Streit um die Remilitarisierung der griechischen Inseln abgeklungen ist, ist der Streit um den Festlandssockel (wegen der Rohstoffe) und das Zypern-Problem (wegen seiner geostrategischen und neuerdings wegen seiner geoökonomischen Bedeutung) im Fokus der Auseinandersetzung. Zur Lösung der „Zypern-Frage“ sind drei Optionen in Diskussion:

- Wiedervereinigung beider Inselstaaten,
- eine Zwei-Staaten-Lösung oder
- Beitritt bzw. Annexion der „Türkischen Republik Nordzypern“ an die Türkei.

Die dritte Option „Nordzypern zu einer türkischen Provinz“^[21] zu machen, wird v.a. von der Türkei immer wieder ins Spiel gebracht. Der Fortbestand der beiden britischen Militärbasen auf Zypern wurde von den „Konfliktparteien“ bisher nicht in Frage gestellt.

In dem seit 1974 andauernden Zypern-Konflikt und durch die neuen „Gasfunde“ im östlichen Mittelmeer zeichnet sich zurzeit zwischen den Akteuren die Tendenz „Null Toleranz statt Null Probleme“ ab.^[22] Im Oktober 2009 ließ Premier Erdogan zwar verlauten, dass die Maxime türkischer Außenpolitik „Null Probleme mit den Nachbarn“^[23] auch im Verhältnis zu Griechenland gelten solle, doch in keiner der Streitfragen gibt es bis heute eine konkrete Annäherung.

Die Türkei und der Balkanraum

Die Türkei war zu Beginn des Balkan-Konflikts gegen den Zerfall Jugoslawiens und während des Irak-Konflikts für den Erhalt des irakischen Staates, weil sie sich vor den destabilisierenden Wirkungen auf die ethnischen und nationalistischen Bewegungen in der Türkei fürchtete.^[24] Dennoch erhielt die türkische Balkan-Politik relativ früh scharfe Konturen. Staatspräsident Turgut Özal sagte am 3.12.1991 in Istanbul: „Die derzeitige historische Konjunktur gibt der Türkei die Chance, durch die Aktivierung der muslimischen Minderheiten in Albanien, Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland den Schrumpfungsprozess umzudrehen, der vor den Mauern Wiens begonnen hat.“^[25] Hinzu kam, dass die Türkei in ihren Bemühungen, den muslimischen Minderheiten auf dem Balkan zu größerer Autonomie zu verhelfen, nicht allein war. Für diesen Zweck erhielt sie beträchtliche finanzielle Unterstützung aus Saudi-Arabien und anderen Staaten der islamischen Welt.^[26] In sicherheitspolitischen Analysen wird von der „islamischen Dimension des Balkan-Krieges“ gesprochen.^[27] Anfang 1994 unternahm die damalige türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller zusammen mit der pakistanischen Ministerpräsidentin Benazir Bhutto einen publizistisch viel beachteten Sarajevo-Besuch, bei dem eine gemeinsame Deklaration unterzeichnet wurde. Der bosnischen Seite wurde die Solidarität der Türkei und Pakistans versichert. Die von Özal, Ciller u.a. vertretene türkische Interessenpolitik gegenüber dem Balkanraum wurde von ihren Nachfolgern kontinuierlich fortgesetzt.

Nimmt heute Premier Erdogan oder sein Außenminister Davutolu zu den Balkanstaaten Stellung, fehlt in ihren Reden, wie Michael Martens feststellte, „selten ein Hinweis auf die osmanische Epoche als ‚goldenenes Zeitalter‘ der Region. Vor allem Sarajevo (auf türkisch heißt die Stadt Saray Bosna, zu Deutsch etwa ‚Bosnischer Palast‘) hat es den Türken angetan.“^[28] Wie die türkische politische Elite diese Vergangenheit sieht, beschrieb Außenminister Davutolu Ende 2009 in einer Rede in Sarajevo unter dem Titel „Das osmanische Erbe und die muslimischen Gemeinden des Balkans“. Davutolu wies in seiner Rede darauf hin, „dass in Sarajevo seit Jahrhunderten Kirchen (orthodoxe und katholische) n eben Moscheen und Synagogen existieren, was ein Beleg für das Wohlwollen der osmanischen Herrschaft sei. (...) Die osmanischen Jahrhunderte seien ‚Erfolgsgeschichten‘ für den Balkan gewesen - die sich übrigens wiederholen ließen.“^[29] Dies kann allerdings im Hinblick auf den europäischen Einigungsprozess partiell durchaus geschehen.

Die EU-Erweiterungspolitik gegenüber den Balkanstaaten stagniert, weil zurzeit die Mehrzahl der EU-Staaten eine Politik der „Konsolidierung“ vor „Erweiterung“ der EU verfolgt. Nach Slowenien wird voraussichtlich am 1. Juli 2013 Kroatien als 28. Staat Mitglied der EU werden. Danach sind derzeit keine weiteren „konkreten“ Mitgliedschaften geplant. Aus diesem Grund fürchten einige der in Frage kommenden Beitrittskandidaten sogar eine Aufhebung der Abschlusserklärung des „EU-Westbalkan-Gipfels“ von Porto Carras (Griechenland) aus dem Jahre 2003. Die fehlende Beitrittsperspektive zur EU könnten sich aber andere Mächte zunutze machen. Zurzeit wird von einer „östlichen Idee“ gesprochen. Als treibende Kraft dieser „östlichen Idee“ wird die Türkei genannt,^[30] die bestrebt sein könnte, weil ihre eigenen EU-Beitrittsbemühungen ebenfalls stagnieren, mit den muslimischen „Staaten des Balkans (Albanien, Kosovo, Mazedonien, Bosnien) eine „neo-osmanische Integrationszone“ zu schaffen. Diese Vision ist nicht unbegründet. Die wirtschaftliche Stärke der Türkei nimmt zu, und Premier Erdogan bezeichnet insbesondere Bosnien als „81. osmanische Provinz“ und die Bosniaken als „Brudervolk“.^[31] In Bosnien selbst stößt die türkische Sichtweise auf Wohlwollen. Elvir Camdži, der außenpolitische Berater des für die Bosnjaken in das Staatspräsidium gewählten Präsidenten Haris Silajdži vertritt die Meinung, „dass die Türkei ‚mindestens‘ so viel Recht auf eine Vermittlerrolle in Bosnien habe wie die EU. (...) Historisch und kulturell betrachtet, versteht die Türkei die Region im Allgemeinen und Bosnien im Besonderen sehr viel besser als die meisten, wenn nicht alle Staaten der EU. Es ist daher vollkommen normal und logisch, dass die Türkei die Rolle übernommen hat, die sie nun spielt.“^[32]

Insgesamt kann als Ergebnis der türkischen Balkan-Politik festgestellt werden, dass Ankara aufgrund eines gewissen Desinteresses von EU und USA in der Region seine Einflussphäre erweitern konnte.

Die türkische Nahost-Politik

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die türkische Nahost-Politik im Wesentlichen - wie oben dargelegt - von der amerikanischen Containment-Politik (NATO, CENTO etc.) bestimmt. Die arabischen Nachbarn spielten keine besondere Rolle in der türkischen Außenpolitik. Erst Anfang der 1970er-Jahre wurden von der türkischen Regierung so genannte „Politische Richtlinien“ entwickelt, nach denen die außenpolitischen Beziehungen der Türkei zu den arabischen Staaten gestaltet und verfolgt werden sollten. Die Durchsetzung der „Politischen Richtlinien“ und deren Prinzipien legt Mehmet Ata Bakis in einer Studie^[33] anhand folgender Fallbeispiele dar: keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten; Neutralität gegenüber innerarabischen Konflikten; Entwicklung der bilateralen Beziehungen; Schutz der gegenwärtigen Grenzen in der Region; politische Unterstützung für die Araber in ihrem Konflikt mit Israel; diplomatische Beziehungen zu Israel; Berücksichtigung der Verbindungen mit dem Westen auf die türkisch-arabischen Beziehungen; Förderung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den arabischen Ländern.

Heute gehört die Türkei auf dem arabisch-islamischen Schachbrett zu den zentralen Akteuren. In der arabischen Staatenwelt wird sie von vielen als Reformmodell angesehen, weil sie Islam und Modernität verbindet. Für den deutsch-libanesischen Journalisten Abdel Mottalebe El Hussein^[34] stellen sich für die neue türkische Nahost-Politik eine Reihe von Fragen:

- Stellt die eindrucksvolle Rückkehr in die nahöstliche und zentralasiatische Arena eine Gesetzmäßigkeit der Geopolitik oder eine Belebung der imperialen osmanischen Träume dar?
- Kehrt die Türkei zu ihren islamischen Wurzeln zurück?
- Was steht innenpolitisch hinter dem türkischen Engagement in der arabischen Welt?
- Welche Folgen hat die neue türkische Politik für das politische Kräfteverhältnis in der Region?

Aufschlussreich für die Beantwortung dieser Fragen ist eine Rede, die Erdogan Anfang Januar 2011 in Kuwait gehalten hat, in der er für eine neue Allianz bzw. Union zwischen Türken und Arabern zur Lösung der Probleme von Gaza bis Irak plädierte. Erdogan sagte: „Heute gilt es, die alte, 1000-jährige Brüderlichkeit zu neuem Leben zu erwecken, eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Union zu werden. Wir sind Angehörige derselben Zivilisation. Wir haben eine gemeinsame Geschichte. Wenn man zueinander hält und stärker zusammenarbeitet, dann hat diese Region das Potenzial, die ganze Welt zu gestalten“, sagte Erdogan.^[35] Neben diesen Visionen erwähnte Erdogan auch die EU: „Einerseits werden wir weiterhin Verhandlungen mit der EU führen, andererseits werden wir den Regionen nicht den Rücken kehren, mit denen wir Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte teilen.“ (...) „Wir bestimmen unsere eigene Außenpolitik. Wir machen unsere eigene Agenda. Die Araber sind unsere Brüder und Schwestern.“^[36] Die Politikwissenschaftlerin Gülistan Gürbey (FU Berlin) vertrat bei einer Expertentagung die Meinung: „Die Gebiete, die früher unter osmanischer Herrschaft waren, werden als natürlicher Einflussbereich betrachtet.“ Einerseits brauche die wirtschaftlich boomende Türkei neue Märkte in Nahost und propagiere eine Strategie der „Null Probleme mit den Nachbarn“, andererseits gebe es „massive Divergenzen um die Führungsrolle in der Region.“^[37] Den türkischen Gestaltungswillen im Nahen Osten untermauerte Außenminister Ahmet Davutolu in einem Interview mit der „New York Times“. Die Türkei werde in der Region eine „Achse der Demokratie“ mit Ägypten bilden. Die Türkei befinde sich „genau im Zentrum von allem“, sagte er.^[38]

Allerdings dürfte eine Achse Ankara-Kairo die Rivalität zwischen der Türkei und Iran wegen des Syrien-Konfliktes nicht unberührt lassen. Denn Mursis Friedensplan zur Lösung des Syrien-Konfliktes ist um die vier Schwergewichte des Nahen Ostens - Türkei, Iran, Saudi-Arabien und Ägypten - aufgebaut. Mursis unorthodoxe Kontaktgruppe regionaler Schwergewichte soll v.a. den Iran mit ins diplomatische Boot holen, den engsten Verbündeten Syriens in der Region. „Wenn die Kontaktgruppe funktioniert, wäre der Iran Teil der Lösung und nicht mehr Teil des Konfliktes“, erklärte Mursis Sprecher Yassir Ali.^[39] Aufgrund der ägyptischen Initiativen und sicherlich auch weil die Türkei in den Syrienkonflikt involviert ist, hat die syrische Opposition ihr Zentrum von Istanbul nach Kairo verlegt.

Hält das Kooperationsdreieck USA - Türkei - Israel?

Wie auf globaler Ebene fördern die USA auch auf regionaler Ebene Allianzen. Als Fallbeispiel kann die im Jahre 1996 geschlossene Allianz zwischen der Türkei und Israel bewertet werden.^[40] Die beiden Regionalmächte Türkei und Israel selbst ergänzten sich durch „Raum“ und „Technologie“ und bildeten zusammen mit der Weltmacht USA ein „Kooperationsdreieck“.

Die einst stabile Phase der „Dreiecksbeziehung“ hat sich zunehmend verändert, seit die Regierung Erdogan dem arabischen Raum eine höhere Priorität einräumt. In der aktuellen Politik spielen hierbei Erdogans Unterstützung der Palästinenser und seine Kritik an Israel eine besondere Rolle. 2010 kam es zum offenen Bruch, als israelische Soldaten ein türkisches Schiff enterten, das die Gaza-Blockade durchbrechen wollte. In der Folge hat ein türkisches Gericht Anklage gegen die verantwortlichen israelischen Offiziere erhoben. Seither gelten die Beziehungen als zerrüttet. Damit haben sich die Beziehungen zwischen der Türkei und Israel von einer strategischen Partnerschaft zu einer strategischen Gegnerschaft entwickelt.

Der ehemalige ägyptische Außenminister Amr Mussa sah die militärische Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Israel bereits kurz nach den vertraglichen Abmachungen mit einer gewissen Skepsis. Er sagte: „Ankara behauptet, sie (die Allianz) sei nicht strategisch, Israel behauptet das Gegenteil: Wir wollen abwarten. Soviel steht allerdings fest: Solche Zusammenschlüsse widersprechen dem Friedensprozess im Nahen Osten. Und was noch wichtiger ist: Allianzen dieser Art führen normalerweise zur Bildung von Gegenallianzen. Eine neue Blockbildung wäre dann möglich.“^[41] Wie die neue türkische Nahost-Politik zeigt, befindet sich die gesamte Region in einem „Gärungsprozess“. Nichts bleibt, wie es ist! Von Interesse für die internationale Sicherheitspolitik ist in diesem Zusammenhang die Frage: Wie verhalten sich die USA als Initiator des Kooperationsdreiecks aufgrund der veränderten Beziehungen ihrer Allianzpartner? Einen Hinweis zur Beantwortung dieser Frage gab der amerikanische Politologe George Friedman bei einer Veranstaltung in Istanbul. Sinngemäß sagte er, „mit schwindender amerikanischer Gestaltungsmacht in der Region habe die Türkei größere Möglichkeiten, als ‚Problemlöser‘ im Nahen Osten aufzutreten. Dabei könne sie (militärisch) ‚harte‘ mit wirtschaftlicher und politischer ‚weiche‘ Macht zu etwas vereinigen, was Friedman ‚deep power‘ nennt.“^[42]

Doch Friedmans Einschätzung ungeachtet ist die Weltmacht USA an dem Großprojekt „friedensstabilisierende Lösung des Nahost-Konfliktes“ weiterhin gefordert. Denn eine Schwächung oder ein Rückzug der USA aus der internationalen Allianzpolitik (man spricht bereits von einer „Obama-Doktrin“) könnte auch eine Weltordnung ohne US-Leadership bedeuten.

Kristallisationspunkt der Politik der „strategischen Tiefe“ ist Syrien

Die türkisch-syrischen Beziehungen haben eine wechselvolle Geschichte, die von Rivalität, Konflikten und Kooperation gekennzeichnet ist. Syrien ist der zentrale Staat im „Mittleren Osten“. Mit Syrien hat die Türkei die längste Landgrenze. Zu den wichtigsten Konfliktfeldern gehören:

- der seit 1938/39 schwelende Konflikt um die Provinz „Hatay“,
- der Ressourcenkonflikt um das „Euphrat-Wasser“ (Türkei Oberlieger - Syrien Unterlieger),
- der grenzüberschreitende Kurdenkonflikt.

Obwohl all diese Konfliktfelder auch während der Regierungszeit Erdogans nicht gelöst werden konnten, wurden sie noch Anfang 2011 der „Null-Probleme-Politik“ untergeordnet. Die „Null-Probleme-Phase“ war allerdings nur von kurzer Dauer. Unmittelbar nach Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges wechselte Ankara die Seite und unterstützte die syrische Opposition. Repräsentanten der syrischen Opposition konnten temporär ganz offiziell und mit Duldung der türkischen politischen Führung ihr Zentrum nach Istanbul verlegen.

Nach Meinung von Mesut Yilmaz, der mehrmals Ministerpräsident der Türkei war, hatte bisher einen derart weitgehenden Schritt noch keine türkische Regierung gewagt. Bewusst übernehme die Türkei die Gefahren, die mit einer solchen Politik einhergehen und die nicht zu unterschätzen seien. Doch genau dies sei die Haltung, die einem Staat mit internationaler Verantwortung abverlangt werde. Die Türkei sei dazu fähig und bereit, ihre neue Aufgabe als Regionalmacht zu erfüllen. Die EU müsse die geänderten internationalen Realitäten (noch) erkennen.^[43] Sollte Yilmaz mit seiner Kritik das mangelnde Verständnis der EU-Staaten für „Geopolitik“ gemeint haben, dann hat er recht. Denn die EU „hat seit Ausbruch des Bürgerkrieges auf eine Übergangsregierung aus möglichst allen Kräften des Landes gesetzt und den Aufständischen mehrfach deutlich gemacht, dass politische und wirtschaftliche Hilfe von Europa nur zu erwarten sind, wenn das neue Syrien demokratisch ist und Minderheiten schützt.“^[44] Doch der Ruf der EU nach Freiheit und Menschenrechten im syrischen Bürgerkrieg ist nur eine Seite der Medaille. Andererseits geht es bei dem Konflikt in und um Syrien um ein nur schwer lösbares regionales und globales Interessengeflecht:

- den USA geht es v.a. um die Stabilisierung der Region;
- für Russland ist Syrien einer seiner letzten Verbündeten in der Region. Von besonderem Interesse ist die Marinebasis Tartus;

- der Iran sieht nicht nur seine „Vereinte Front“ mit Syrien, sondern auch seine „Verbindungszone“ zum Mittelmeer in Gefahr;
- Saudi-Arabien, der große Konkurrent des Iran in Nahost, versucht durch einen Regimewechsel in Damaskus den Iran zu schwächen;
- der irakische Ministerpräsident Maliki wirft der Türkei vor, durch Ölförderung türkischer Unternehmer mit der autonomen Region Irakisch-Kurdistan die „Einheit des Iraks zu untergraben“. Im Hintergrund steht die Kirkuk-Frage;
- der Syrienkonflikt wirkt sich u.a. auch auf die Kurdenfrage aus. Im Norden Syriens sind zum Teil mit Duldung der Assad-Regierung Regionen entstanden, die von Kurden kontrolliert werden. Die mögliche Autonomiebestrebung ruft wiederum die Türkei auf den Plan.

Die Türkei selbst, die gegenüber dem Nachbarland Syrien eine „Null-Probleme-Politik“ vertreten hat, ist wieder zum Frontstaat geworden. Mehr noch: Aufgrund der Auswirkungen syrischer Kampfhandlungen auf türkischem Gebiet hat die Türkei ca. eineinhalb Jahre nach Beginn des syrischen Bürgerkrieges das Nachbarland zum Feind erklärt. Am 4. Oktober 2012 erteilte das türkische Parlament der Regierung Erdogan das Mandat, das die Streitkräfte zu grenzüberschreitenden Operationen in Syrien ermächtigt.^[45] Die NATO erklärte sich gegenüber der Türkei im Rahmen von Defensivmaßnahmen solidarisch und warnte zugleich vor einer weiteren Ausweitung und Internationalisierung des Konflikts.

All dies (und mehr!) sind Positionen der Akteure im regionalen und weltpolitischen Kräftespiel. Denn bei dem Konflikt in und um Syrien geht es, anders als im Westen immer wieder verlautet, eben nicht nur um humanitäre Fragen, sondern auch um Geopolitik.

Fazit: Die türkische Regierung hat offenbar die Kompliziertheit der syrischen Krise und ihre regionalen und internationalen Komponenten unterschätzt.^[46] Statt sich auf eine Vermittlerrolle zu beschränken, wurde die Türkei aufgrund einer Reihe von Fehleinschätzungen und einseitigen Parteinahmen für die so genannte „Sunnitische Front“ gegen Assad immer mehr in den inner-syrischen Konflikt gezogen bzw. Teil des Konflikts. Damit erlitt die immer wieder betonte „Regionalmachrolle“ einen herben Rückschlag, und die Politik der „Null-Probleme“ verlor in der politischen Realität an Glaubwürdigkeit.

Resümee

Aufgrund der internationalen Strukturveränderungen und der neuen Raum-Mächte-Konstellation in Vorder-, Zentralasien und in Nordafrika hat sich die geopolitische, geostrategische, geokulturelle und geoökonomische Interessenlage der Türkei grundlegend geändert. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die Türkei auf der Suche nach ihrer neuen Rolle in Eurasien. Wie diese Analyse zeigt, ist die von Ahmet Davutolu angeregte „Strategiedebatte“ eine Herausforderung an die türkische und internationale Sicherheitspolitik.

Das von Davutolu vorgelegte Konzept der „Strategischen Tiefe“ ist das eine, die praktische Umsetzung das andere. Das Reizvolle an der innertürkischen „Strategiedebatte“ ist, dass die gleiche Person an der theoretischen Ausarbeitung wie an der operativen Planung maßgeblich beteiligt war. Seine Leitlinie für die türkische Außen- und Sicherheitspolitik lautet(e): *„Maximale Kooperation, verbunden mit friedlicher Nachbarschaftspolitik.“* Ihr Credo: *„Keinerlei Konflikte mit unseren Nachbarn und in unserer Nachbarschaft.“* Im Grunde ein „Soft-Power“-Konzept!

Gegen diesen Anspruch gab es seit Bekanntwerden drei kritische Einwände:

- Erstens werde die Türkei selbst ihrem Modell nicht gerecht, weil im eigenen Land die Menschenrechte verletzt würden.
- Zweitens sei die türkische Außenpolitik ehrgeiziger, als es ihren Mitteln entspricht.^[47]
- Drittens bedingt die beanspruchte Rolle einer Regionalmacht inneren Frieden und Stabilität für äußere Handlungsfähigkeit. Darüber hinaus brachte der so genannte „Arabische Frühling“ Davutolus Strategie auf zentralen Feldern nahezu zum Scheitern. Aus diesem Grund wurde vom türkischen Außenministerium eine neue Strategie ausgearbeitet, deren Essenz Davutolu als „Maximierung des Einflusses der Türkei“^[48] bezeichnete. Mit dieser neuen Strategie der „flexiblen Reaktion“ fand die türkische Nachbarschaftspolitik zurück zur politischen Realität.



ANMERKUNGEN:

- [1] Bülent Güven: Die Türkei - eine Republik vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte. In: Wasser-Konfrontation oder Kooperation. Hrsg. Jörg Barandat, Baden-Baden 1997, S.157.
- [2] Vgl. Paul Kennedy: The Rise and Fall of the Great Powers. New York 1987. Deutsche Ausgabe, Frankfurt a. M. 1989.
- [3] Pierre Hassner: Das Zentrum als Peripherie. Zur geopolitischen Situation Zentraleuropas. In: Transit, 7/1994, S.18.
- [4] In: SZ, Nr. 214, 16.9.2011, S.8.
- [5] In: International Herald Tribune, 18.5.1995. Zitiert nach Udo Steinbach: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Bergisch Gladbach 1996, S.80.
- [6] Zitat nach Jane's Defence Weekly (JDW), 19.8.1998, S.24.
- [7] Zitiert nach Ramazan Gözen: Turgut Özal and Turkish Foreign Policy: Style and Vision. In: Foreign Policy. Hrsg. Turkish Foreign Policy Institute/Ankara. Nr. 3-4, 1996, S.69-102.
- [8] Vgl. Bahri Yilmaz: Regionalmacht Türkei. In: Internationale Politik, 5/1995, S.37-42.
- [9] Vgl. statt vieler Wolfgang Günter Lerch: Die Türkei als regionale „Großmacht“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B38-39, 17.9.1993, S.3-10.
- [10] Schriftliche Mitteilung an den Verfasser vom 17.7.2012.
- [11] <http://www.transatlanticacademy.org/publications/understanding-strategic-depth-joshua-walker>. Hierbei beruft sich Walker auf Alexander Murinson: The Strategic Depth Doctrine of Turkish Foreign Policy. In: Middle Eastern Studies, 42:6 (November 2006).
- [12] Vgl. Horst Bacia: Null Probleme. In: FAZ, Nr. 119, 25.5.2009, S.10.
- [13] Gülistan Gürbey: Wandel in der türkischen Außenpolitik unter der AKP-Regierung. In: Südosteuropa Mitteilungen, 2/2010, S.21/22.
- [14] Ebenda.
- [15] Asiye Öztürk: Die geostrategische Rolle der Türkei in Vorderasien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 4/2006, S.26.
- [16] Zitiert nach dem früheren türkischen Ministerpräsidenten Mesut Yilmaz. In: vbw-Unternehmermagazin, Nr. 3/2012, S.13.
- [17] Jan Senkyr: Türkei sammelt Trümpfe im Energiepoker. Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, 31.8.2009.
- [18] Detaillierte Informationen zu den Pipeline-Projekten finden sich auf der Homepage des staatseigenen Unternehmens BOTAS, das auf türkischer Seite für die Realisierung der Projekte verantwortlich ist.
- [19] Vgl. Michael Thumann: Die neue Mitte. Die Türkei wird zum strategischen Knotenpunkt für Energielieferungen nach ganz Europa. In: Die Zeit, Nr. 38, 10.9.2009, S.29.

- [20]) Vgl. Heinz Brill: Die Türkei auf dem Weg zu einer „Wassergroßmacht“. In: ÖMZ, 5/2006, S.547-554.
- [21]) Vgl. Gerd Höhler: Türkei will Nordzypren zu Provinz machen. In: Kölner Stadt-Anzeiger, 6.3.2012, S.4.
- [22]) So die Einschätzung von Michael Martens. In: FAZ, Nr. 223, 24.9.2011, S.12.
- [23]) Vgl. Gerd Höhler: Türkischer Premier Erdogan geht auf den „Erbfeind“ zu. In: General-Anzeiger (Bonn), Nr. 259, 9.11.2009, S.8.
- [24]) Vgl. Godehard Uhlemann: Kurden und Kosovo: Peinliche Ähnlichkeiten. In: Rheinische Post, 15.10.1998, S.5.
- [25]) Zitiert nach Rainer Mennel: Der Balkan. Osnabrück 1999, S.196.
- [26]) Vgl. Islam-Konferenz fordert Intervention in Bosnien. In: Welt am Sonntag, 15.11.1992, S.6.
- [27]) Vgl. statt vieler Bassam Tibi. Die islamische Dimension des Balkan-Krieges. In: Europa-Archiv 22/1993, S.635-644.
- [28]) Zitiert nach Michael Martens: Die Türkei und der Balkan. In: FAZ, Nr. 9, 11.1.2012, S.8.
- [29]) Zitiert nach Michael Martens, ebd.
- [30]) Vgl. Michael Martens, ebd.
- [31]) Zitiert nach Enver Robelli: Vorwärts in die Vergangenheit. In: SZ, Nr. 252, 31.10.2012, S.9.
- [32]) Zitiert nach Michael Martens: Nach einem Jahrhundert. In: FAZ, Nr. 103, 5.5.2010, S.8.
- [33]) Mehmet Ata Bakis: Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein Beitrag zur türkischen Außenpolitik (1945-1991). Frankfurt a. M. 1993, S.164-167.
- [34]) Abdel Mottaleb El Hussein: Aufbruch des starken Mannes am Bosphorus. In: Handelsblatt, Nr. 15, 22.1.2010, S.8/9.
- [35]) Zitiert nach Boris Kalnoky: Mit Erdogan die Welt neu gestalten. In: Die Welt, 13.1.2011, S.6.
- [36]) Ebenda.
- [37]) Zitiert nach Stephan Baier. In: Die Tagespost Nr. 35, 22.3.2012, S.3.
- [38]) Zitiert nach „Neue Achse mit Ägypten“. In: Die Presse, 20.9.2011, S.7.
- [39]) Zitiert nach „Mursis Friedensplan“. In: Die Presse, 28.8.2012, S.6.
- [40]) Vgl. Heinz Brill: Geopolitische Analysen. Bissendorf 2005, S.418.
- [41]) Zitiert nach Evangelos Antonaros: „Ost-Jerusalem muss die Hauptstadt der Palästinenser sein“. In: Die Welt, 1.10.1999, S.9.
- [42]) Zitiert nach Michael Martens: In: FAZ, Nr. 129, 8.6.2010, S.5.
- [43]) Mesut Yilmaz. Die Türkei hat eine neue Rolle. In: Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Unternehmermagazin, 3/2012, S.13.
- [44]) Zitiert nach „Friedensplan Syrien“. In: SZ, Nr. 299, 28.12.2012, S.8.
- [45]) Vgl. Erdogan hat Mandat für Syrien-Invasion. In: Die Presse, 5.10.2012, S.1.
- [46]) Abdel Husseini: Erdogan hat viel zu verlieren. In: Handelsblatt, Nr. 199, 15.10.2012, S.8/9.
- [47]) Zitiert nach „Die Türkei, ein eigensinniger Mittler. In: LE MONDE. Atlas der Globalisierung. Copyright der deutschen Ausgabe. Berlin 2012, S.89.
- [48]) Vgl. Welt am Sonntag, Nr. 41, 7.10.2012, S.8/9.

